

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

7. Jänner 1953

Die Beschlagnahme österreichischer Zeitungen durch Organe einer Besatzungsmacht548/A.B.
zu 577/JAnfragebeantwortung

Die Abg. S tr a s s e r und Genossen haben anlässlich der Beschlagnahme des Organs der Sozialistischen Jugend "Trotzdem" vom 1. November 1952 in der sowjetisch besetzten Zone Österreichs an die Bundesregierung eine Anfrage wegen Unterdrückung der Pressefreiheit durch die sowjetische Besatzungsmacht gerichtet. Bundeskanzler Dr. Ing. F i g l hat nunmehr im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Inneres diese Anfrage wie folgt beantwortet:

"Von sowjetischen Militärikommandanturen in Österreich werden seit Jahren österreichische Zeitungen und Zeitschriften ohne Bekanntgabe von Gründen beschlagnahmt. Dabei ist festzustellen, dass solche Beschlagnahmen nicht immer einheitlich, sondern manchmal von einzelnen Kommandanturen durchgeführt werden, während die gleichen Druckwerke im Bereich anderer sowjetischer Kommandanturen anstandslos verbreitet werden können. Daraus kann geschlossen werden, dass es sich oft um einseitige Massnahmen einzelner sowjetischer Dienststellen handelt, deren Motiv jeweils dem eigenen Gutedanken unterliegt.

So wurde auch die Zeitschrift der sozialistischen Jugend "Trotzdem" Nr. 11 vom 1. November 1952 von sowjetischen Dienststellen beschlagnahmt.

Diese Massnahme stellt neuerlich eine Verletzung des Beschlusses des Alliierten Rates vom 1. Oktober 1945 dar, in dem es heißt, dass alle Massnahmen gegen Zeitungen und Zeitschriften ausschließlich dem Alliierten Rat vorbehalten bleiben. Die einzelne Besatzungsmacht ist demnach nicht berechtigt, selbständige Massnahmen zu treffen. Darüber hinaus muss festgestellt werden, dass die Freiheit der Presse ^{schon} im Artikel 13 des Staatsgrundgesetzes vom 21. November 1867, RGBI. Nr. 142, als eines der Grundrechte des österreichischen Volkes proklamiert wurde und einer der Grundpfeiler der Demokratie ist.

Der Bundesminister für Inneres hat in einem Schreiben an den Direktor der internen Abteilung des sowjetischen Elements des Alliierten Rates, Oberst Kambulow, gegen diese Massnahme der Beschlagnahme des Druckerzeugnisses einer österreichischen demokratischen Partei protestiert und er-sucht, die Rückgabe der beschlagnahmten Stücke der Zeitschrift "Trotzdem" zu veranlassen sowie die sowjetischen Dienststellen anzuweisen, die freie Meinungsäußerung in der demokratischen Presse in keiner Weise zu behindern."

-.-.-.-.-.-